

Die „Volksmacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Abnehmer zu beziehen. Preis vierteljährlich 50 Pf., pro Woche 20 Pf., Postzeitungslife Nr. 5170.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Belegstelle für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Nr. 111.

Donnerstag, den 14. Mai 1903.

14. Jahrgang.

Das Umsturzscheitern

ertönt auch in dem gegenwärtigen Wahlkampf wieder in altgewohnter Weise gegen die Sozialdemokratie. Die für des Pöbels Gänsehaut bestimmte Ausrichtung, daß die Sozialdemokratie nur darauf warte, um alles in Grund und Boden zu schlagen und auf den Trümmern der Gegenwart ihr Regiment voll Schreden und Greuel zu beginnen, werden wir wieder an allen Ecken und Enden zu hören bekommen; und dann wird zur Beibringung der Arbeiter das alte Märchen wieder herhalten müssen, daß die Sozialdemokratie für die Bedürfnisse der Gegenwart kein Verbandsorgan auf dem Gebiete der praktischen Arbeit nicht geleistet habe.

Nun hat die bürgerliche Presse auch ihre lichten Augenblicke, und zumal wenn die Tatsachen gar zu deutlich sprechen, bequemt sie sich, wenn auch ungern vielleicht, dazu, der Wahrheit die Ehre zu geben. Wir haben aus den letzten Jahren uns einige Pressäußerungen aufbewahrt, die dartun, daß das Umsturzscheitern in den Kreisen, wo es ertönt, ebenso wenig ernst genommen wird, wie das ebenso beklebte Märchen von der Unfähigkeit und Unwilligkeit der Sozialdemokratie auf praktischem Gebiete. Wir geben diese Äußerungen, ohne uns auf eine Kritik der manchmal ansehbaren Einzelheiten einzulassen, hier wieder; sie sollen den Genossen einigermassen Material im Kampfe wider die Gegner liefern.

Rheinische Zeitung (nationalliberal) April 1898: „Niemand glaubt, daß die Sozialdemokraten im Ernst daran denken, auf die Straße hinabzusteigen und durch eine Revolution Staat und Gesellschaft umzuwälzen.“

Rheinische Volkszeitung (ultramontan) April 1898: „Früher war der Glaube allgemein, daß man nur mit Gewalt zum Ziele kommen könne. Seit Jahren redet davon nicht nur kein Mensch mehr, man erklärt sogar offen das Gegenteil: mit Gewalt sei nichts zu machen, nur durch langwierige geübliche Arbeit, durch die Entwicklung könne man den Zukunftsstaat erreichen. Das ist nicht Verstellung oder Heuchelei, sondern das ist die den Führern wohl überlieferte aufgezogene Ueberzeugung.“

Die Richtung in der Sozialdemokratie, die energisches, praktisches Arbeiten im Gegenwartsstaat verlangt, gewinnt immer mehr an Boden.“

Rheinische Zeitung Oktober 1898: „Man räume endlich gründlich mit der Vorstellung auf, daß die Sozialdemokraten eines Tages auf die Straße steigen und in die Selbstkräfte einbrechen werden.“

Oktober 1898: „Die Entwicklung der Sozialdemokratie aber... die zunehmende Neigung, sich an der praktischen politischen Arbeit zu beteiligen, stellt einen bedeutenden Gewinn dar.“

Oktober 1898: „Da alle Mittel und Kräfte, eine Revolution über Nacht herbeizuführen, fehlten und fehlen, bleibt auch der sozialdemokratischen Partei nichts anderes übrig als den Schutz der Gesetzgebung zu genießen und die Erreichung ihrer Ziele, die Verwirklichung ihrer Ideale von der allmählichen Wandlung und Aenderung der Sitten und Anschauungen zu erwarten.“

Rheinische Volkszeitung Oktober 1898: „Wögen die Sozialdemokraten noch so laut von Revolution reden, sie stellen sich darunter keinen physischen Gewaltakt vor, sondern eine wirtschaftliche Umwälzung, die auf Grund von immanenten Gesetzen der Gesellschaft sich von selbst vollzieht.“

Christlicher Arbeiterfreund, Januar 1899: „Nur die Sozialdemokratie hat zugesehen (bei den Wahlen 1898), und das in einer Weise, die gerade beweist, daß sich die Massen auf Seiten derjenigen Partei schlugen, die sich am meisten und am eingehendsten ihrer annimmt.“

Generalsekretär Pieper, Oktober 1899, Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland in Köln: „Wenn bei der letzten Gemeinderatswahl in Köln die Sozialdemokraten 8000, die christlichen Arbeiter nur 4000 Stimmen aufbrachten, so ist dies zum Teil auf den Umstand zurückzuführen, daß es die Sozialdemokraten... vielfach sind, die auf die Befreiung von Mißständen in Werkstätten und Fabriken dringen. Der unangeführte (!) Arbeiter giebt dann bei Wahlen derjenigen Partei seine Stimme, deren Mitglieder für seine Interessen eingetreten sind.“

Rheinische Volkszeitung Oktober 1899, nach dem Parteitag in Hannover: „Also, die wirkliche Lage der Dinge ist die: die ganze Partei ist für die positive, praktische Arbeit zur Hebung der Lage des Proletariats.“

Dezember 1899: „Weshalb hängen manche (!) Arbeiter der Sozialdemokratie an? Doch nicht wegen des „Endzieles“, sondern weil sie in ihr die Vertretung ihrer Standesinteressen sehen und bemerken, daß die sozialdemokratischen Führer den Unternehmern gegenüber ihre Forderungen zu vertreten wagen.“

Dezember 1899: „Wir können kaum ein Land, wo die Gefahr des Umsturzes verhältnismäßig so gering ist, wie in Deutschland und wo sie zugleich dermaßen als Popanz benutzt wird.“

Rheinische Zeitung Januar 1900: „Es giebt in Deutschland eine sehr geschäftige und vordringliche Menschenklasse, bei der man nur schwer feststellen kann, ob sie wirklich von der Wahlvorfassung beherrscht ist, die Sozialdemokratie werde auf die Straße hinabsteigen und plündern in den Tritten der Paläste und Gebüsche einbrechen, oder aber ob sie lediglich die Angst vor der Sozialdemokratie wie ein heiliges Vermächtnis der Väter heuchlerisch hütet und kultiviert. Jedenfalls schlägt die Erscheinung nicht selten ins Pathologische (Krankhafte) um.“

August 1900: „... ein Wahn, als werde die Sozialdemokratie eines Tages auf die Straße hinabsteigen zur gewaltthätigen Revolution.“

Rheinische Volksstimme (Bauernbund) Februar 1903: „Die Arbeiter, die Sozialdemokraten haben Vertreter gefunden und dieses erreicht, so viel, daß die großstädtische Presse gar um ihre Gunst bettelt und sie schmeichelt die „harte, lebensfähige, energische Partei“ nennt.“

Tremontia (ultramontan) Februar 1903: „Solange es zahlreiche Sozialdemokraten im Lande giebt, müssen sie auch in der Volksvertretung vertreten sein. Ihr Vorhandensein belebt den Eifer für soziale Reformen und zugleich die volkserzieherische Tätigkeit der bürgerlichen Parteien.“

Zum Schluß noch ein Zeugnis der Wissenschaft. Im Proseß Kronis gab Professor Schmöcker folgendes Zeugnis ab: „Niemand glaube an wirklich revolutionäre Pläne der Sozialdemokratie, insbesondere die Wissenschaft, in deren Namen er spreche, sei fern von der Auffassung, daß es die Sozialdemokratie auf ein gewaltthätiges Verfahren abgesehen habe.“

wird die Sache nachgerade blamabel. Was heißt alles Dellenieren? Greift in den Beutel und zahlt! Auch zum Wahlklopp gehört Geld und nicht Arbeit!

Die antisemitische Parteien.

Von der Betorrenheit im Antisemitism-lager giebt die „Frankf. Ztg.“ ein erbauliches Bild. Das Blatt schreibt u. a.:

„Bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1898 wurden etwa 200,000 antisemitische Stimmen abgegeben. Bis dahin gehörten dem Reichstage 16 Antisemiten an, nach den Neuwahlen verminderte sich ihre Zahl auf 12. Diese 12 behaupteten sich untereinander nach den Wahlen noch heftiger als vorher. Im September 1900 kam es auf dem antisemitischen Parteitag in Magdeburg wegen der Meinungsverschiedenheit über das Verhältnis zum Bund der Landwirte zu einer vollständigen Spaltung, als ein Vertrauensvotum für Liebermann v. Sonnenberg mit 85 gegen 75 Stimmen verworfen wurde. Liebermann v. Sonnenberg konstituierte seinen Flügel der Antisemiten als „Deutsch-soziale Partei“, während der Rest der Partei sich nach wie vor „Deutsch-sozialer Reformpartei“ nannte. Dem Flügel der deutsch-sozialen Partei schlossen sich 4 Reichstagsabgeordnete an, der deutsch-sozialen Reformpartei unter Führung Zimmermanns G. Außerhalb dieser beiden Fraktionen blieben die antisemitischen Abgeordneten Ahlwardt und Böckel. Ahlwardt blieb eine Partei für sich und Böckel gründete mit Paul Förster und von Mosch die besondere antisemitische Partei des „Deutschen Volksbundes“. Somit giebt es gegenwärtig vier antisemitische Parteien. Es können aber auch noch mehr sein, denn es ist schwer, über das Verhältnis der einzelnen Kräfte untereinander auf dem Laufenden zu bleiben. Abg. Böckel führt im September 1901 im „Deutschen Volksbund“ aus, daß sich die antisemitischen Abgeordneten nicht bloß in zwei, sondern in vier Parteien spalten. Keiner gönne dem andern einen Brocken. Es sei wahrlich zum Aufschreien. Jeder einzelne wolle ein Herrscher sein ohne Untertanen. Viele dieser antisemitischen Abgeordneten seien überhaupt keine ernsthaften Politiker...“

Ueber ihre Tätigkeit im Reichstage bemerkt daselbst Blatt erinnernd: „Soweit ein paar Antisemiten im Reichstag anwesend sind, stimmen sie fast regelmäßig gegen einander. Beispielsweise fehlten bei der Abstimmung über den Toleranzantrag 7 Antisemiten. Von den anwesenden 5 stimmten 2 für den Antrag, 2 dagegen, während einer sich der Abstimmung enthielt. Fünf Mann spalteten sich also nach drei Richtungen. Bei der Abstimmung über die Zuckerkontingentierung fehlten 4 Antisemiten, 5 stimmten dafür, 3 dagegen. Dabei sagte Abg. Raab im November 1899: „Wie wir stimmen, darauf kommt es an, nicht, wie weit wir den Mund aufmachen.“ Bei der Abstimmung über den Antrag Wangenheim, welcher einen Mindestzoll von 7.50 Mark für Roggen einführen wollte, fehlten 4 Antisemiten. Die übrigen 4 Antisemiten brachten das Kunststück fertig, in drei verschiedenen Richtungen zu stimmen. Sechs stimmten für diesen extrem-agrarischen Antrag, Raab stimmte dagegen, und

Politische Uebersicht.

Ueber den sozialdemokratischen Kriegsschatz

lesen wir in der „Tägl. Rundsch.“:
 „Der sozialdemokratischen Kriegs- und Wahlkasse sind, wie im Monat März, so auch im April wieder große Beiträge zugefloßen. Wenn sie auch nicht dieselbe Höhe erreichten, wie die März-Einnahmen, so beruhen sich doch allein die Beiträge von 5000 Mk. bis herab auf 100 Mk. auf insgesamt über 24,000 Mk.; darunter figurirt die Gabe einer „Arbeitskräftin“ mit 500 Mk.; dazu kommen die zahlreichen kleineren Beiträge, die zusammen einige tausend Mark ausmachen; darnach der Ueberschuß des „Vorwärts“ vom 1. Quartal über 18,000 Mk., endlich die Erlöse von illustrierten Flugblättern und Schippels parlamentarischem Handbuch von ins-gesamt 2300 Mk. — so hat der April der sozialdemokratischen Parteikasse wieder nahezu 50,000 Mk. eingebracht! Für die bürgerlichen Parteien, die auch zahlungsfähige Mitglieder haben,

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Blos.

„Du erklärst dem Fürsten“, sagte sie bestimmt, „daß Du auf seine Idee, sich an die Spitze der deutschen Bewegung zu stellen, eingestimmst. Du hilfst ihm anführen. Einige Radikale werden Dich Vertreter scheitern, aber die guten Bürger werden auf Deiner Seite sein. Und wenn der Fürst an der Spitze der deutschen Bewegung steht, dann wird es auch leicht sein, die Ruhe im Lande vollkommen herzustellen und alles zur Zufriedenheit zu ordnen.“

„Ach Solo...“
 „Du verzirrst mich!“
 „Ich muß ja, obwohl mir ahnt, daß ich damit einen Selbstmord begehe.“

„Anfänger! Wenn Du mir nicht einmal das Opfer...“
 „Ich will, ich bin Dein, wenn Du nur mein bist, und wenn ich meine Seele darum dem Teufel verschreiben sollte.“

Dann wurde wenig mehr mehr gepocht, und nach einer Weile kamen die Beiden heraus. Unter der Tür sagte der Minister:
 „Fräulein, Sie können mich nun wieder Sie nennen“, worüber Solo laut anbrachte.

Sie traten auf die Terrasse, der Herr Minister nicht ohne eine gewisse Befangenheit. Thiel sah ihn scharf und misstrauisch an. Solo nahm für den Minister das Wort und teilte den Herren mit, daß das „lustige Mißverständnis“ sich aufgeklärt habe. Die anderen erwiderten, daß man sich schon verständigt habe.

„Wenn Sie im alten Hellas sich in die Mysterien einer Göttin eingedrängt hätten“, meinte Solo scherzend, „dann wären Sie nicht ohne Strafe davongekommen.“ Das sollen Sie auch heute nicht. Ich verurteile Sie, die Gesundheit der Hochverräterin Solo zu trinken!“

Sechstes Kapitel. Der Umritt.

Drei Tage nach diesen merkwürdigen Ereignissen befand sich die Bevölkerung der Residenzstadt Gersdorf wieder einmal in großer Aufregung.

In den Straßenredeln trug man große Plakate. Es hieß darauf:

„An das Volk! Die Deutschen sind wieder eine einzige große Nation, frei und mächtig im Herzen von Europa. Im Vertrauen auf ihren heldenmütigen Geist und ihre geistige Widergeburt ist Gleich-

der Neumundeneingichte bereit, sich an die Spitze der Bewegung, an die Spitze des Gesamt Vaterlandes zu stellen, sobald er von den Vertretern der deutschen Nation gerufen wird.“

Das Volk wird ihn, geschmückt mit den allerwürdigsten Farben der deutschen Nation, nach heute in seiner Mitte erblicken.

Frei und Segen unseres konstitutionellen Fürsten, der bestimmt ist zum Ausgewählten des gesamten deutschen Volkes, zum Oberhaupt der freien, wiedergeborenen Nation!“

In Scharen strömten die Menschen auf die Straßen; man drängte; es frist eifrig über den Entschluß des Fürsten. Die guten behändigen Bürger sandten ihn hochherzig; sie sprachen dabei die guten Worte, daß es mit der „Anarchie“ nunmehr bald ein Ende nehmen werde. Die Demokraten sprachen von Revolution und Usurpation; die Professoren zeigten sich ängstlich oder gleichgültig.

Der dem Adelschloß war in der Frühe schon die Bürgermeier unter das Gesehrt geeiztet. Bald darauf kam der Fürst aus dem großen Seitenportal des Schlosses herausgeritten; er trug eine schwarzgoldene Schärpe. In seinem Gefolge befanden sich der Minister Dr. Molins und einige höhere Hofbeamte. Der Polizeikommandant der Hauptstadt war auch dabei und trug eine schwarzgoldene Schärpe.

Der Fürst redete die bewaffneten Bürger an und versicherte, daß er kein Usurpator werden wolle; er fügte sich nur berufen, zur Rettung der deutschen Freiheit und Einheit beizutragen und zur Tat bereit zu sein, wenn das deutsche Volk ihm Vertrauen entgegenbringe.

Die guten Bürger, die noch nicht recht begriffen, um was es sich handelte, aber gewohnt waren, auch als „alte Revolutionäre“ die Ausprüche ihres angeordneten Landesvaters respektieren zu lassen, antworteten mit einem etwas gezwungenen Nirgunda Hoch.

Nunmehr ergriß Dr. Molins das Wort und führte aus, die Deutschen hätten sich den Weg zur Freiheit und Einheit gebahnt und es gelte jetzt, zugleich die Zwangsgesetze festzuhalten und zu geordneten Zuständen zurückzuführen. Die Anarchie würde ein Ende nehmen. Das könnt nur geschehen, wenn ein hochwürdiger Fürst sich an die Spitze der Bewegung stelle und sie zu einem glücklichen Abschluß bringe. Der Mann sei gefunden und habe sich dem deutschen Volk zur Verfügung gestellt. Es sei nun Sache der guten Bürger, ihm getreulich zur Seite zu stehen und ihm sein Werk vollenden zu helfen.

Ein donnendes Hoch verkündete die Zustimmung der guten Bürger, die ihre Revolution und ihre Zwangsgesetze in den

Händen des Fürsten am besten gewahrt mußten. Die Revolution erschien ihnen dadurch gewissermaßen legitimiert und sie fühlten sich in vollkommener Sicherheit.

Dr. Molins aber fuhr fort:
 „Um der ganzen deutschen Nation ein gutes Beispiel zu geben, müssen wir im eigenen Lande einen guten Ansians machen, die unaufrichtigen Beamtungen unterbinden und dem Kaiser, der von einem gewissen Böbel so oft verübt wird, ein Ende bereuen. Das Eigentum muß von nun an heilig und unverletzlich sein, gleichviel ob es einem Fürsten oder einem Bürger gehört. Man dann ihnen Handel und Wandel gestatten und die Rechte wieder anerkennen.“

Die guten Bürger verstanden und jubelten zu. Molins wachte sich den Schwanz von der Stirn. Er hatte nun den verhängnisvollen Schritt getan. Aber, wie es schien, mit großem Erfolg. Einige Bürger, die ankommen wollten, wurden von den anderen sehr misstrauisch und Angebrach. Molins zog fast das ganze Bürgerheim nach sich; die Sache war gewonnen.

Nun tritt der Fürst zu der Akademie, wo die studierenden Jünglinge aufgelehrt waren. Er redete sie an:
 „Die Studierenden machen großen Eindruck auf das Volk und das Volk auf die Studierenden. Ich will nicht misspizieren; ich will nur die niedergelegene Ordnung wieder herstellen.“

„Hoch lebe der Ritter der deutschen Einheit und Freiheit!“ schrie Beesemann und brausend stimmten die Jünglinge ein.
 „Es ging alles vortrefflich.“

Dann tritt der Fürst auf den Marktplatz, wo sich viel Volk versammelt hatte.

Der Fürst redete die Masse an, versicherte auch hier, daß er kein Usurpator sei, denn er wolle sich nur dann an die Spitze der deutschen Bewegung stellen, wenn er von den erwählten Vertretern des Volkes gerufen werde.
 „Solche wurden auch hier laut, aber man sah viele ängstliche und spöttische Gesichter.“

„Glauben Sie mir“, sprach der Fürst etwas betroffen, „es ist mein Prinzip, mein Volk glücklich zu machen.“
 „Glaubt es nicht! rief eine laute Stimme aus der Menge. Eine beängstigende Stille entstand. Der Fürst erlöste. Darunter dieselbe Stimme:
 „Prinzipienreiter!“
 Ein lautes und unerbittliches Gelächter erscholl aus der Menge.

„Ich bringe in, das Volk zu unterdrücken“, schrie jemand. Viele klatschten in die Hände
 (Fortsetzung folgt)

Schöb wollte nicht, ob er ja oder nein sagen sollte, sagte gar nichts, sondern enthielt sich der Stimme, obwohl er zwei Tage vorher eine längere Rede zur Sache gehalten hatte.

Unsere Gegner befinden sich in verheerenden Situationen. Ausreden und Ausflüchte helfen nichts mehr. Die sozialdemokratische Presse und unsere parteigenössischen Redner werden täglich von Hunderttausenden gelesen und gehört. Jetzt erzählt Eugen Richter allen Ernstes, daß im neuen Reichstage die Sozialdemokratie mit den Agrariern Hand in Hand den Abschluß von Handelsverträgen unmöglich machen würde, denn die Sozialdemokratie sei es nicht um das Volkswohl, sondern nur um die Agitation zu tun. Er sagt in der „Freis. Ztg.“:

„Drastisch ist diese Taktik der Sozialdemokratie zum Ausdruck gekommen in den Worten des Abg. Schöb auf dem Stuttgarter Parteitag (Seite 182 des Parteiprogramms). Schöb äußerte daselbst: „Sitzt der Freihandel auf dem Regierungsstufen, wird gegen den Freihandel losgelegt, sitzt der Schutz auf dem Regierungsstufen, gegen den Schutz. Die Hauptfrage ist, daß ordentlich losgelegt wird. Was man im Augenblick will, braucht man ja nicht zu sagen, man erstrebt eben die große Zukunftsweitsicht.“

Wer möchte glauben, daß Schöb wirklich so gesprochen hat! Ist nicht ein jeder Gewissenhaftigkeit Buch. und Seitenzahl angegeben, wo die Gardinenpredigt Schöbels zu finden ist?

Indessen, wer die politischen Gegner so gut kennt, wie wir, der weiß, daß selbst den heiligsten Versicherungen gegenüber ein leicht Zweifel nicht von Schaden ist. Schlägen wir also Seite 182 des Stuttgarter Protokolls nach. Und was finden wir da? Schöb schildert dort ein im Jahre 1879 im Ausland erschienen, von der Partei nicht anerkanntes Blättchen, „Die Laterne“, bringt einige Zitate daraus, um zu beweisen, daß dieses Blättchen weder für Schutz noch für Freihandel gewesen sei und lediglich, wie der Augenblick es verlange, auf die Regierung losgeschlage. Die Tendenz der „Laterne“ faßt dann Schöb folgendermaßen zusammen:

„Sitzt der Freihandel auf dem Regierungsstufen, wird gegen den Freihandel losgelegt, sitzt der Schutz auf dem Regierungsstufen, gegen den Schutz. Die Hauptfrage ist, daß ordentlich losgelegt wird. Was man im Augenblick will, braucht man ja nicht zu sagen, man erstrebt eben die große Zukunftsweitsicht. Aber noch charakteristischer ist, daß durch die Artikel formwährend schlagwörterartige Anwendungen gehen.“

Schöb hat also das Behaupten, diese Sätze lächerlich zu machen und Eugen Richter giebt die Sätze als Glaubensbekenntnis aus. Was soll man zu solchen großen Fälschungen sagen?

Leider giebt sich auch die ultramontane „Schles. Volkszeitung“ und eine ganze Nation Provinzialblätter zur Verbreitung dieser Unwahrheit her. Alle diese Blätter wissen doch nun schon, wie Eugen Richter sagt.

Verweigerung der Wählerlisten-Abdruck. Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Wahlvereins in Oserode (Hara) hatte den Antrag auf Abdruck der Wählerlisten beim Magistrat gestellt. Er erhielt darauf folgende Antwort:

Oserode, den 1. Mai 1903.
Erwidern auf das Schreiben vom 29. April 1903.
Politische Parteien als solche haben weder einen Anspruch, durch die Vertreter Zutritt in die Wählerlisten nehmen zu lassen, noch ihnen Abdrücke zu entnehmen, oder gar auf Entlassung solcher Abdrücke Kenntnis der Wähler.
Wir lehnen deshalb Ihren Antrag ab.
Der Magistrat der Stadt Oserode.
(Name unleserlich.)

Sofortige telegraphische Beschwerde an den Regierungskommissar in Oserode.

Ein Bürger der freien Schweiz hat sich wegen Verleumdung des deutschen Kaisers vor der ersten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Aus der Unternehmung wurde er in der Schweiz geborener Württembergischer Franz von Robrow verurteilt. Er wurde auf dem Wege in Berlin. Einmal jagt er die Wohnung aus anderen Gründen aus und ist in dieser ein Bild des Kaisers hängen. Bei dessen Anblick hat er verschiedene Behauptungen über den Kaiser ausgesprochen und die Robrow ein „Anstößiger“ ist, seinen Mund über den Kaiser zu öffnen, so wurde er sofort in Untersuchungshaft genommen. Unter Anschluß der Öffentlichkeit wurde der Angeklagte zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Als unangebracht wird die Nachricht bezeichnet, daß Kaiserin Witte die allmähliche Ausschaltung der ersten Wagenklasse aus den Personenzügen der preussischen Staatsbahn angeordnet habe.

Das haben wir uns ja gleich gedacht. Wie kann man den hohen Herrschaften denn ihre erste Klasse wegnehmen, das wäre doch lächerlich. Die Kaiserin in der zweiten Klasse bekommen. Innerhalb der Wagen einer Klasse meistens bei im Zuge, aber was macht's. Die dritte und vierte Klasse kann ja mit ihrem Gelde den Einkommensverlust ausgleichen.

Kaiser und Volk. Der Reichstags-„Echos“ sollen gegenüber einigen ungünstigen Äußerungen, daß in der italienischen Bevölkerung der Gebrauch von Silber, der Gebrauch von Kupfer, das in der Welt zum ersten Mal und nicht dem König von Italien gegeben. Diese Rede ist unannehmbar, weil sie dem Reichstagspräsidenten die katholischen Kirche gewisse Fragen zu regeln. In erster Linie habe der Kaiser der Unternehmung des Kaiserlichen Reichstags bei den nächsten Wahlen seine die notwendige Sozialdemokratie verlangt; zweitens habe er sich um die Verhinderung der Eisen im Ruhr durch das deutsche Reich gekümmert, im Falle Frankreich das Rheinland übergeben.

Der „Simplicianus“ hat doch Recht. Die „Münchener Post“ bringt diese gute Erinnerung: „Es ist keine Zeit gekommen, sagt Prinz Arzberg einen Schwärmer auf demalige Weise zu werden keine, macht der „Simplicianus“ eine wie folgt heißt: „Die Fürstinnen: In einer düsteren nächtlichen Dunkelheit hat sich ein der Berg neben seinem geliebten Vater und vor seiner Gruppe standen drei Frauen. Die eine Arbeiter, sprach die Erste: „Nimm Du ein Brot.“ Die zweite ein Bürgerlicher: „Nimm Du ein Brot.“ Die dritte ein Edelmann: „Nimm Du ein Brot.“ Doch weil ich ein Prinz bin“, antwortete man Arzberg: „hebe ich mich in eine Heiland.“ — Das alles war natürlich in den Augen der Eingeweihten eine schlagwörtliche Prophezei. Jetzt aber muß man bei sich vornehmen, daß der Berg „demalste in eine Heiland übergegangen“ wird.“

Das große Steinemachen unter den Eiern. Der Herr der „Frei Presse“ und allgemein, daß sich Menschen nicht nur auf die Arbeit legen, sondern auch auf die Jugend oder die „Schandstube“ (S. 101) erziehen. Der Herr, welcher die Sozialdemokratie unheimlich zu Tode über, mit dem in Genuß der Ruhe und dem Genießen zu sein.

Der preussischen General- oder Polizeidirektor die Wahrung des Rechts verbot. Wer sich bei diesem Verbot nicht beugt, dem wird die Freizeugung einer gerichtlichen Entscheidung zu Gebote. In dem Termin muß die Berechtigung zur Wahrung des Rechts durch Urkunden nachgewiesen werden. Wer dies nicht kann, geht die Wahrung verfallen, es sei denn, daß er 44 Jahre hindurch den Titel unbedeutend geführt hat. In diesem Falle muß auf Grund des Allgemeinen Landrechts der Standtitel anerkannt werden. — Während Ehemann nun wohl um die Waise seines Blutes bange werden, falls das Blut nicht schon seit 44 Jahren vorhanden ist.

Die Firma Krupp erhielt einen Auftragsvertrag von 1 1/2 Millionen Mark für die Lieferung von 1 1/2 Millionen Mark für die Lieferung von sechs Kriegsgeschützen von 11 auf 14 1/2 Millionen Mark erhöht.

Ausland.

Die Wähler in Süd-Russland. Bürgerliche Blätter melden aus Rostow a. Don: Eine Bekanntmachung des Gouverneurs des Guberniums unterrichtet die Bevölkerung über die Wahlnahmen, die zur Wahl der öffentlichen Ruhe angeordnet sind. — Der Wahltag ist der 1. Mai d. J. — Die Wahlkommissionen sind am 1. Mai d. J. — Die Wahlkommissionen sind am 1. Mai d. J. — Die Wahlkommissionen sind am 1. Mai d. J.

Das Resultat der letzten Wahlen in Spanien wird freierliegend über die Wahlen im Regierungssystem im Gefolge haben. Zwar ist die Zahl der Republikaner auf 34 gestiegen, und die Liberalen sind in dem neuen Parlament in einer Zahl von 87 vertreten, aber die konservative Mehrheit ist immer noch genug, um jeden auch den geringsten Liberalen Zug zu unterdrücken. Die ministerielle Mehrheit beträgt insgesamt 228 Deputierte gegen eine Opposition von insgesamt 171 Stimmen. Die Opposition fehlt es aber auch an numerischer Macht, denn sie setzt sich aus den heterogensten Elementen zusammen. Die Liberalen haben seit dem Tode des Herrn Sagasta noch nicht vermocht, sich einen neuen Führer zu wählen, weil sich mehr denn einer um diese Ehre bewertete. Unter den Liberalen und Republikanern kommt noch eine kleine Fraktion Radikaler, einige Sozialisten, ein halbes Duzend katalanische Separatisten und schliesslich 18 liberalistische. Es versteht sich, daß diese in ihren Anschauungen grundverschiedenen Elemente zu einer gemeinsamen Aktion kaum zusammenzubringen sein werden, sodass die konservative Mehrheit nach wie vor die unumschränkte Gewalt zur Verfügung haben wird.

Die Schreckensherrschaft in Kroatien. Der Danubius Graf Johann Jeleckoi über in Kroatien und Slavonien eine solche Gewalt herrschaft aus, daß die Bevölkerung ihn mit alljährlichem Haß verfolgt. Der Danubius unterdrückt in schamloser Weise die öffentliche Meinung, handelt die büreaukratische, noch in der natürlichen sozialdemokratische, welche, unterdrückt die Arbeiter-Organisationen, schließt und wälzt wie ein wahrhaftiger Kascha. Die Empörung des Volkes hat einen solchen Umfang angenommen, daß man von einem Aufstand reden kann. In Kroas sitzen die Bayern das Schloß des Trakosch besetzt, weil sie glauben, der Danubius sei im Schloß besetzt. Nach Agras und Sisseh ist Militär dirigiert worden, weil die Bevölkerung der angetragenen Wege nicht gewachsen ist. Ein Anführer Arbeiter und Sozialistischer und sozialistischer Blätter sind verhaftet, Zeitungen werden beschlagnahmt, aber auf dem Wege werden Flugblätter in Massen verteilt, in denen die Schandthaten des Danubius geschildert sind.

Herr Ferdinandus Thron wieder einmal bedenklich. Es war auch gar zu sehr, daß der Fürst in dem Augenblick die schweren Kräfte für die Kräfte im Ausland anstellt, angeblich zur „Reinigung“ der Kräfte. Schließlich wird es Ferdinandus doch geben, seinen Kräfte in dem Augenblick. Der Herr Kaiser Franz Josef erhebt die Kräfte, die im Ausland anstellt. Ferdinandus hat sich nun nach Rom zu bewegen, um über die Kräfte nach Sofia zu reisen. Es ist glaubhaft, er werde unter den gegenwärtigen Umständen gar nicht heimkommen.

Die zweite öffentliche Wählerversammlung fand gestern Abend im Generalstabshaus statt. Es hatten sich etwa 1000 Personen eingefunden. Das Referat über den Thron „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner“ hatte der Stadtratsordnete Herr Bogner aus Stettin übernommen, der in vornehmlicher Klarheit die heutige Wählerpolitik, die der Herr Bogner in der indirekten Steuern, sowie das Verhalten der Parteien in diesen Fragen, namentlich in der letzten Legislaturperiode des Reichstages beleuchtete. Dabei zeigte Herr Bogner sich in großen Fragen mit der Wählerpolitik auseinander und was noch, welche ungeheuerliche Mißhandlung dem Volke mit dem Zukunftsstreben derselben entgegen werden. Der Vortrag über die verschiedenen vielfachen ungenügenden Zusammenfassungen hin.

Locales und Provinziales.

Breslau, den 14. Mai.

Die zweite öffentliche Wählerversammlung fand gestern Abend im Generalstabshaus statt. Es hatten sich etwa 1000 Personen eingefunden. Das Referat über den Thron „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner“ hatte der Stadtratsordnete Herr Bogner aus Stettin übernommen, der in vornehmlicher Klarheit die heutige Wählerpolitik, die der Herr Bogner in der indirekten Steuern, sowie das Verhalten der Parteien in diesen Fragen, namentlich in der letzten Legislaturperiode des Reichstages beleuchtete. Dabei zeigte Herr Bogner sich in großen Fragen mit der Wählerpolitik auseinander und was noch, welche ungeheuerliche Mißhandlung dem Volke mit dem Zukunftsstreben derselben entgegen werden. Der Vortrag über die verschiedenen vielfachen ungenügenden Zusammenfassungen hin.

In der Barock wurden gemalt die Genossen Bruhn, Schwab und Gorkolle. Herr Bogner nahm dann das Wort und sagte ungefähr folgendes aus:

„Es ist sehr schön, daß Sie sich für die Wählerpolitik interessieren. Es ist sehr schön, daß Sie sich für die Wählerpolitik interessieren. Es ist sehr schön, daß Sie sich für die Wählerpolitik interessieren. Es ist sehr schön, daß Sie sich für die Wählerpolitik interessieren. Es ist sehr schön, daß Sie sich für die Wählerpolitik interessieren. Es ist sehr schön, daß Sie sich für die Wählerpolitik interessieren.“

vorher versprochen, blieb aber aus. Selbst wenn eine Erbschaft der Lebensversicherung aufgewogen würde durch höhere Lebensversicherung, dann hätte die ganze Sache unumkehrbar wieder dem Volke zu teurer werden. Es ist daher nicht als lere Versicherung. Es ist in der einmal kurz auf die Geschichte der indirekten Steuern einzugehen. Große Wässer sind sich hierüber noch nicht klar geworden. Sie die Männer, welche die indirekten Steuern vertheidigen, längst um keinen Preis lassen. Einige Anführer leiten Männer mögen das Weien der indirekten Steuern weniger schmerzhaft als die direkte Steuern sein. Sie die Männer, welche die indirekten Steuern vertheidigen, längst um keinen Preis lassen. Einige Anführer leiten Männer mögen das Weien der indirekten Steuern weniger schmerzhaft als die direkte Steuern sein.

Die indirekten Steuern sind sich hierüber noch nicht klar geworden. Sie die Männer, welche die indirekten Steuern vertheidigen, längst um keinen Preis lassen. Einige Anführer leiten Männer mögen das Weien der indirekten Steuern weniger schmerzhaft als die direkte Steuern sein. Sie die Männer, welche die indirekten Steuern vertheidigen, längst um keinen Preis lassen. Einige Anführer leiten Männer mögen das Weien der indirekten Steuern weniger schmerzhaft als die direkte Steuern sein.

bei einem Einkommen bis	1000 Mark	8 Proc.
1000	8000	5
1500	20000	7
2000	30000	8
2500	1 Mill.	4
über 3000	1	1

Man stelle man einmal die ersten und letzten Zahlen einer Rechnung gegenüber. Aber noch besser, daß wir in einem Staate voll der reicheren zu leben, denn in nicht zu helfen. (Vorb. Die Zu einem reichen Resultat kommt man, wenn die Steuern verhältnismäßig in Preisen bezahlt werden. Die Steuern in großen Massen, welche vor allem die indirekten Steuern aufbewahren. Als im vorigen Jahre überall die Fleischnot wegen der Regen, die die Tiere nicht füttern konnten, ausbrach, so wurde die Regierung aufgefordert, den Preis für die Fleischnot zu regulieren. Die Regierung gab die Fleischnot zu einem Preis von 1000 Mark pro Zentner, während der Preis auf dem freien Markt nur 500 Mark betrug. Die Regierung gab die Fleischnot zu einem Preis von 1000 Mark pro Zentner, während der Preis auf dem freien Markt nur 500 Mark betrug.

Die indirekten Steuern sind sich hierüber noch nicht klar geworden. Sie die Männer, welche die indirekten Steuern vertheidigen, längst um keinen Preis lassen. Einige Anführer leiten Männer mögen das Weien der indirekten Steuern weniger schmerzhaft als die direkte Steuern sein. Sie die Männer, welche die indirekten Steuern vertheidigen, längst um keinen Preis lassen. Einige Anführer leiten Männer mögen das Weien der indirekten Steuern weniger schmerzhaft als die direkte Steuern sein.

Die feine Republikaner. Es ist ganz dasselbe, wenn man sagt: Der Schornsteinleger ist schwarz. (Schwarze Schächter.) Die äußere Staatsschöpfung ist uns gleichgültig. Auf dem Wege der geistigen Revolution wird sich diese Frau schon erlösen. Wir bekämpfen diese Gesellschaftsordnung in jeder Form, mag sie republikanisch oder monarchisch sein. Eine Partei, die sehr radikal ist, ist die freimaurerische Volkspartei. Sie sagt, sie müsse nach rechts und links rücken. Sie wird gerammt werden. 1899 wurde von dieser nur ein einziger in der Hauptwahl gewählt, 12 in der Stichwahl mit sozialdemokratischer Hilfe. Wenn sie jetzt so anmühsam auftritt, so ist das ein Maß der Selbstständigkeit, das man bedauern muß. Sie ist die erbittertste Feindin der Sozialdemokratie und der neuen Demokratie. Man es sich für letztere um die Erhaltung der Erblichkeit neuer Rechte des Volkes handelt. Die freimaurerische Volkspartei hat einen gemeinsamen Zug mit allen anderen Parteien, als ist auf dem Boden der heimlichen Gesellschaftsordnung sich. Wir sind dagegen revolutionär. Der reaktionäre Charakter habe sich ja auch bei der Sozialistenvorlage gezeigt. Sie ruft in den Kreisen der Unterammer und ist die Virelerin des freien Spiels der Presse. Der reaktionäre und freiwirtschaftliche Strömung ließe sie sich ebenso bestig wie die fortwährenden Parteien. Mit dem Zentrum, Nationalisten und Konservativen, die das heilige Christentum predigen, verhalte es sich ähnlich. Wir wollen auf's Ende wirken. Die Kirche ist die Kostengestalt des Reichs. Wir aber wollen, daß jeder seine Krümmerlein auch aus seiner eigenen Tasche zahlt. (Schwarze Schächter.) Die nicht das Vertrauen empfinden, sollen nicht zahlen. (Bravo.) Mit den allgemeinen Fortschritten wird auch notwendig der religiöse Fortschritt kommen. In Breslau ist ja kein zusammengekaufter Dreck. Es ist unverständlich, wie der katholische Arbeiter dem Zentrum noch immer so folgsam ist, wo dieses ihn durch Herr, Marine und Sozialismus so sehr belacht hat. Jetzt ist das Zentrum in einer Jämmerung hineingedrängt. Siehe das Jubiläumsgesch. Das Zentrum will Schachtpolitik. Wir können die weitestgehenden Wünsche der arbeitenden Arbeiter befriedigen, weil unsere unbedingte Forderung dieses Gebiets ist, was heißt es? Was Du nicht willst, das man Dir tu, das füg' keinem Andern zu. (Bravo.) Es ist nicht auszufüllen, daß nur jeder ein Ausnahmefall bekommen. Wir sind daran gefestigt. Es ist ganz gleich, ob evangelische oder katholische Arbeiter, beides werden geduldet. Wir fordern jeden auf, unserer Partei sein Leben zu geben. Auf allen Gebieten treten wir für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit ein: für politische Rechte der Männer und Frauen, für Presse- und Redefreiheit, für religiöse Freiheit usw. Eine solche Partei müssen Sie stärken für den neuen Reichstag. Dem nächsten Reichstag wird jedenfalls eine neue Militär- und Flottenvorlage beschickt, neue Millionen werden für Kolonien geordert, z. B. für den Bau der östlichen Bahnen. Dies wird wieder eine schwere Menge Geld kosten. Vielleicht werden Bier, Tabak- und Bestecksteuer kommen, wenn die Einkommensteuer des Reichs, es dieselbe bleiben wird. Wäre es eine solche Reichseinkommen-, Erbschafts- und Vermögenssteuer als vertrieben Anschlag. Nehnen erinnert an den Knapp-Kammel, um der Sozialdemokratie eine anzuwenden. Per Tag der Abrechnung wahr, möge er es Tag der Rache und Vergeltung sein. Ein flammendes Wort gegen das ganze Konglomerat von miserablen Behältnissen. Arbeit und Schaffen wir mit allen Kräften. Wer nicht mit arbeitet, hat das Recht vermisst, sich nachher zu beklagen. Unserer Organisation wird uns im Wahlkampf neue Hunderttausende Stimmen zuführen, die in unbestimmtem Drange zu uns kommen, weil sie wissen, daß die Sozialdemokratie die einzige wahre Volkspartei ist und wählen den einfachen, schlichten Mann aus der Weidstatt.

Lebhaftester Beifall folgte dem reichlich 1 1/2 stündigen Vortrage. Der Aufforderung am Gegner, sich an der Diskussion zu beteiligen, wurde nicht Folge geleistet. Der Vorsitzende, Genosse Fruhns, machte dann bekannt, daß am nächsten Mittwoch, den 20. Mai, Abends 8 Uhr, Reichstagsabgeordneter **Graune** **Wort** im Gewerkschaftshaus einen Vortrag über die kommenden Reichstagswahlen halten werde. Dann machte der Vorsitzende noch eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen und schloß darauf mit begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie die trefflich verlaufene Versammlung.

* **Das gute Gewissen der Sozialdemokratie** freizweihelt die „Schles. Volkszeitung“. Veranlassung bietet ihr die Versicherung im Wahlaufsatz unserer Fraktion, daß unsere Abgeordneten „mit autem Gewissen den Wählern das Urteil über unsere Tüchtigkeit überlassen“. Die „Wühler-Obstruktion“, bei der selbst die sozialdemokratische Abgeordnete v. Bellmar „Küpekelen“ konstataren mußte, läßt den oben erwähnten Satz doch in einem ganz eigentümlichen Licht erscheinen, meint die „Schles. Volkszeitung“. Abgesehen davon, daß es Bellmar nie eingefallen ist, derartiges zu sagen, leben die Sozialdemokraten grade hinsichtlich dieser „wühler-Obstruktion“ dem Urteil der Wähler mit größter Zuversicht entgegen. Der großen Masse des Volkes sind Bezeichnungen wie „Läuberverbanne“ für das unerhörte Verhalten der Reichstagsmehrheit gradezu aus der Seele gesprochen. Aber die „Schles. Volkszeitung“ will auch noch von einer anderen Seite das „gute Gewissen“ der Sozialdemokratie beleuchten. Sie schreibt:

„Dieselbe Nummer der „Volksrecht“, welche auf der ersten Seite in dem Wahlaufsatze sich rühmt, den Kampf gegen Ausbeutung in jeder der Gewalt zu führen, enthält eine illustrierte Beilage „Die neue Welt“, die auch an dem „guten Gewissen“ reich beachtenswerte Illustrationen giebt. Im Interstitium dieser Beilage prangt ein anstößiges Bild, das einer Besten-Firma zur Heilung dient für ihre „Geeigneten“, für die „Wühler“. Darunter erscheint ein Berliner Verlag zwei Bücher, deren Titel an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, und diesen Annoncen schließen sich in würdiger Weise noch vier andere derselben Art an. Nennt das die Sozialdemokratie „Kampf gegen Ausbeutung“? Wie kommt das? Glaubst sie derartige Sachen mit autem Gewissen den Wählern empfehlen zu müssen? Darüber dürfte wohl das „Urteil“ vielfach anders lauten.“

Wir sehen nicht an, mit der „Schles. Volkszeitung“ solche Inserate in unserem Unterhaltungsblatt „Neue Welt“ zu bedauern. Das Gleiche ist schon in sehr entschiedener Weise auf dem letzten Münchener Parteitag der Sozialdemokratie geschehen. Heidelberger und Düsseldorf'sche Parteigenossen beantragten, Inserate „schwindelhaften Inhalts“ nicht in die „Neue Welt“ aufzunehmen, die Breslauer Genossen beantragten, die Inseratenbeilage der in Hamburg herausgegebenen „Neuen Welt“ unter strengere Kontrolle zu nehmen. Diese Inseratenbeilage ist an ein großes Inseratenbureau verpachtet und es passiert daher, trotz aller Kontrolle, in und wieder, daß ein nach den Anschauungen unserer Partei nicht einwandfreies Inserat durchschlüpft, was uns so sehr geschehen kann, als es in vielen Fällen vorher unmöglich ist, den schwindelhaften Charakter eines Inserates zu erkennen. Der Ablauf des Nachverkehrs mit dem Inseratenbureau kann daher eine gründliche, alle Fehler ausschließende Fehlbekämpfung eintreten und ebenso wenig ist die „Neue Welt“ im Stande, von der vertraglich festgesetzten Abnahme der Sonntags-

beilage zurückzutreten. Ob die „Schles. Volkszeitung“ loyal genug sein wird, von dieser unserer Erklärung Notiz zu nehmen, wollen wir abwarten.
* Im übrigen dürfen wir wohl konstatieren, daß gerade die sozialdemokratische Presse sich streng von der Aufnahme fittlich oder geschäftlich anstößiger Inserate fernhält. Dafür können wir uns auf das Zeugnis nicht sozialdemokratischer Männer berufen. Hat doch u. a. der bekannte Breslauer Staatsanwalt Dr. Reil, der die sozialdemokratische Presse auf das schärfste verfolgte, auf einem Sittlichkeitskongreß offen erklärt, daß die sozialdemokratische Presse bezüglich der Aufnahme unfittlicher Inserate ganz einwurfsfrei dastände.

* **Die Erlasse des Erbprinzen von Meiningen über Soldatenmißhandlungen.** Trunksucht im Geze und Behandlung polnisch lebender Soldaten sollen bekanntlich Veranlassung zur Verabschiedung des Erbprinzen geworden sein. Jetzt heißt es in bürgerlichen Blättern, daß der „bekannte Erlaß“ tatsächlich zurückgenommen sei. Es wäre interessant, zu erfahren, welcher der drei Erlasse zurückgenommen wurde. Sollte es wirklich der die Soldatenmißhandlungen betreffende Erlaß nicht sein?

* **Landarbeiter-Glück.** Zum Kapitel der ländlichen Arbeiterwohnungen liefert das Rittergut Warschau, Kreis Lüben, einen lehrreichen Beitrag. Das Gut ist ein Gräflich von Campaninisches Fräuleinsitz. Auf diesem Rittergute, so schreibt man der „Breslauer Morgen-Zeitung“, befindet sich ein Haus oder richtiger gesagt eine mit Stroh gedeckte Lehmhütte, deren baulicher Zustand jeder Beschreibung spottet. Hier nun wohnt ein Mann, ein Arbeiter, der Zeit seines langen Lebens dem Dominium in Treue gedient hat, ein 73 Jahre alter Rentenempfänger. Der Mann ist seit geraumer Zeit schwer krank und bettlägerig; wahrscheinlich ist der Tod ihm nicht mehr fern. Niemand aber berückt daran, den alten, kranken Mann aus dieser elenden Baracke, deren einziger Wohnraum sich bei jedem Regenwetter in einen Schmutztümpel verwandelt, in ein menschenwürdiges oder wenigstens trockenes Aipl überzuführen. Vor zwei Jahren ist der Ofen in diesem Räume zusammengefallen, die Ofenverwallung aber hat es nicht für nötig befunden, einen neuen Ofen setzen zu lassen, sodaß der alte Mann von seinen paar Pfennigen sich selbst einen kleinen eisernen Ofen kaufen mußte, um wenigstens nicht zu erfrieren. Hoffentlich nimmt der Herr Kreisarzt Gelegenheit, sich diesen Arbeiterpalast einmal anzusehen, denn er ist in der Tat sehenswürdig.

* **Arbeiterverhältnisse und „Volksvertreter“ in Oberschlesien.** Von den ober-schlesischen Hütten-Pensionskassen ist bereits vielfach mitgeteilt worden, daß sie den Mitgliedern mehr schädlich als nützlich sind. Dabei wurde auch hervorgehoben, daß selbst die Bezirksregierung mit den Einrichtungen der Pensionskassen, deren es 28 im ober-schlesischen Industriegebiet giebt, nicht immer einverstanden ist und insbesondere versucht habe, die Pensionskassen zu Genossen eines Pensionskassenartikels zu machen, indem die Mitglieder, die jetzt bei einem Weggange von einer Hütte mit Pensionskasse fast regelmäßig ihre gezahlten Beiträge, gelegentlich mehrere hundert bis zweitausend Mark, nicht zurückgezahlt bekommen, von einer Hütte zur anderen und damit von einer Pensionskasse zur anderen unter Ueberweisung der bisher gezahlten Beiträge übergehen könnten, was, allerdings nicht mit Notwendigkeit, voraussetze, daß die Einrichtungen der Kassen in Bezug auf Beiträge und Unterzählungen gleich wären. Wenn man indes hören muß, was die Bezirksregierung gelegentlich bei Statutenänderungen der Kassen geheißen läßt, dann kommt man zu der Annahme, daß es mit dem Wohlwollen der Regierung für die Arbeiter-Pensionskassen nicht weit her ist, wenigstens nicht für die Arbeiter-Mitglieder. Wie wäre es sonst möglich, daß eine Regierung, wie jetzt geschehen ist, die selbstverständlich den Arbeitern nicht günstige Statutenänderung genehmigt, daß das Klagerrecht der Mitglieder, das nach dem bisherigen Statut bestand, im neuen aufgehoben wurde? Man erinnert also, mit Unterstützung der Oppeller Regierung, eine Pensionskasse weniger als früher, die noch die Gerechtigkeit wenigstens soweit wahrte, daß sie den Rechtsweg den Mitgliedern offen ließ, es waren freilich auch jetzt schon nur noch 2 oder 3 von den 28. Im Grunde ist es eigentlich selbstverständlich und unbedingt notwendig, daß sämtliche ober-schlesischen Pensionskassenstatute den Mitgliedern das Klagerrecht einräumen; weshalb sollen ober-schlesische Arbeiter hier in rechtlicher Beziehung verkürzt werden? Hat doch jedes Ortskrankenkassenstatut sein Klagerrecht. Aber in Oberschlesien ist eben nun einmal vieles anders, als es sonst in Deutschland ist. So war es früher, als die Bauernbefreiung gerade von den ober-schlesischen Agrarmagnaten und den hier bestehenden „freien Standesherrn“, die vor allem immer auf ihre Könige pfeifen, wenn sie ihnen etwas aufgeben wollten, bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts verwickelt wurde; so ist es ferner mit einer ganzen Reihe von Arbeitsordnungen auf ober-schlesischen Hütten und Gruben, deren Verwallungen die Ähnlichkeit besitzen, das gewöhnliche Recht des deutschen Reichsbürgers dadurch zu kürzen, daß sie in die Arbeitsordnungen die zweifellos ungesetzliche Bestimmung aufnehmen, daß jeder, der z. B. keine Besonderen wegen des Lohnes nicht nach dem haarklein vorgezeichneten Beschwerewege vom Aufseher und Oberhändler bis zum Betriebsleiter in einer bestimmten — 5-tägigen! — Frist anbringt, kein Recht habe, vor dem Gerichte dem Bergamtsgericht, zu klagen. Und diese Unrechtlichkeit gilt hier selbst für Juristen als unantastbar, wofür wir hier nur einen Fall anführen wollen. Auf einer Grubenverwallung, deren Verwallung die angegebene ungesetzliche Bestimmung in bezug des Beschlusses des Klagerrechts bei Instanzen- und F. Abf. e. teilt, wollte der auf Grund dieser ungesetzlichen Bestimmung vom Bergamtsgericht nicht mit seiner Klage gegen die „Herrschaft“ abgewiesene Arbeiter über seinen Fall, in dem es sich um ein 100 Mk. überschreitendes Objekt handelte, z. B. f. Verweisung an das zuständige Landgericht machen. Er bu die da u als armer Teufel des Armenrechts. Und was geschah? Die dafür zuständige Zivilkammer des Landgerichts, deren Vorsitzender nach dem Präsidenten des Landgerichts selbst war, beschloß, das Armenrechtsgesetz des Bergmanns abzuweichen,

weil er — jene Arbeitsordnungsbestimmung der besagten Grubenverwallung in bezug der Beschwere- und Klager-Rechten nicht eingehalten habe! Eine kurze Beschwere gegen den Landgerichtsbeschluß beim übergeordneten Oberlandesgericht verhalf allerdings dem klagenen Arbeiter zu seinem Armenrecht, ob auch zu seinem Klagerobjekt, wissen wir nicht.

Abgeordneter Lelocha glaubte sich dadurch in der Achtung seiner Wähler zu rehabilitieren, daß er eine Interpellation wegen des Grubenunglücks auf „Königin-Luisen“ losließ; er war wahrscheinlich sehr froh, daß er endlich noch am Ende seines Reichstagsmandats für seine Wähler, denen er die Lebendmittelschleife gebracht hatte, trotz seines vor 5 Jahren gegebenen Versprechens, in allen Fällen, um jeden Preis gegen neue Volkslisten zu stimmen, eine Lunge einlegen konnte. Warum hat er sich noch nie um die für die mehr als hunderttausend Arbeiter so wichtigen ungesetzlichen Arbeits-Ordnungen bekümmert, warum nicht um den seit der Unfallgesetzgebung für die Arbeiter direkt schädlichen und nur den reichen und abeligen Unternehmern nützlichen Knappschäftsverein, mit seiner Verbindung mit der Knappschäfts-Vereinsgesellschaft? — Nicht wahr, Ihr Herren Lelocha, Stephan und Ballestrom, die Ihr wisst, wie diese Sachen liegen — oder vielleicht auch nicht wisst — um diese für eure Proletarier und ihre Familien so ungeheuer wichtigen Dinge habt Ihr Euch noch nie gekümmert?

* **Militärbildung und Reichstagswahl.** Auf Anordnung der obersten Militärbehörde ist nunmehr von den Bezirkskommandos die Maßnahme getroffen worden, daß die für die Zeit der Reichstags-Wahl und Stichwahl angeordnet gewesenen Landwehr- und Reserveübungen auf einen anderen Zeitpunkt verlegt wurden. Die in Frage kommenden Leute wurden von der Umänderung des Übungstermins durch die Gemeindevorstände oder durch direkte Postschreiben in Kenntnis gesetzt.

* **Verlegung einer Gewerbeinspektion.** Die Gewerbeinspektion, welche so viele Jahre ihren Sitz in Waldburg hatte, wird nach einer Verfügung des Ministers für Handel und Gewerbe vom 1. Oktober d. J. ab ihre Domizil in Schweidnitz aufschlagen. Warum die Gewerbeinspektion aus dem industriereicheren Waldburger Revier verlegt wird, ist uns nicht verständlich.

* **Strassenverkehrsordnung für Automobile.** Gemäß § 26, Absatz 2 der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten vom 6. September 1901 über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen hat das Polizeipräsidium zu Breslau das Fahren mit Kraftfahrzeugen in der Zeit von Morgens 6 Uhr bis Abends 11 Uhr auf folgenden Straßen verboten: 1. Schweidnitzer Straße zwischen Ring und Zwingerstraße, 2. Dhlauerstraße zwischen Ring und Christophstraße, 3. Oderstraße, 4. Schmiedebrücke, 5. Aufseherstraße zwischen Schuhbrücke und Neumarkt, 6. Neue Sandstraße, 7. Sandstraße. Ausgenommen von diesem Verbot sind diejenigen zur Beförderung von Lasten dienenden Kraftfahrzeuge, die mehr als zwanzig Pferdekräfte haben.

* **Aus dem Kunstgewerbe-Museum.** Herr Albert Koblasch hat im Lichthof des Kunstgewerbe-Museums eine reichhaltige Sammlung japanischer Fächerfablonen des 18. und 19. Jahrhunderts angeordnet. Dieselben werden in Japan in der auch bei uns üblichen Weise zum Aufhängen von Matten auf Stoffe verwendet. Mit ihrem unendlichen Formenreichtum bilden sie für jeden Kunstgewerbefreund eine unerschöpfliche Quelle lehrreicher Anregungen. — Die im Lichthof angeordneten Neuzubereitungen des Museums wurden nach durch einige Geschenke des Herrn Carl Spelling aus Breslau vermehrt.

* **Zoologischer Garten.** Am Freitag, den 15. Mai, begann das erste Konzert der diesjährigen Sommerferien in unserem Garten. Bei dieser Gelegenheit wird nach einstimmigem Beschluß des Aufsichtsrats und Vorrats das als Neuerung die Ausgabe einer von der Direktion redigierten eigenen Konzertzeitung erfolgen, wie es andere große Gärten schon lange herausgeben, in der Absicht, anregend und belehrend auf die Besucher einzuwirken. Diese Konzertzeitung, der das jetztmalige Programm des Konzerts beigegeben ist, soll nach Bedarf in zwar, Lifer Folge erscheinen und Schilderungen der wichtigsten Tiere des Gartens mit guten Abbildungen derselben, Bilder der Häuser und Gartenanlagen aus früherer und jetziger Zeit und Aquarellen naturhistorischer Art bringen; auch der Humor soll darin unter der Rubrik „Tier-Humor“ gelegentlich zur Geltung kommen. — Das der Begier eine Mühen und Kosten spart, dürfte schon ein Bild auf den mehrmals gen Umschlag zeigen; über einem röhrlartigen Bild das Reklame-Bild in zwei Stollen-Windstennis, unter dem ein Krabbe von Blumen und Früchten; in den oberen Ecken sind links Ähren, rechts D. pagen in geschwollener Grubens- angedordnet, während unter in lässlichem Feldbe der Besuchsbedingungen zum Abdruck gelangt sind. Der meiste Seiten umfasse die Text bringt einen Artikel von Direktor Gräbner über „Pflanz- und Tier-Kollektionen“ mit reichhaltigen Abbildungen, während Herr Meißner durch Mitteilungen über das f. führt und letzte Sittenhaus macht, die beide in guten, nach Fehlbekommenen gefestigten Abbildungen vorgeführt werden. Der Preis einer solchen wohl ausgestatteten, ausführlichen Nummer mit Konzertprogramm, ist trotzdem nur der übliche Programmpreis von 10 Pf. und um niemand zu dieser Ausgabe zu zwingen, hat die Direktion Vorsorge getroffen, daß das Programm allein an verschieden Stellen des Konzertplatzes ausgegeben wird und dort eingesehen werden kann. Die Direktion zittert an alle Freude und Besucher des Gartens die Bitte, in ihrem Beitrag beiführende ältere Photographien aus dem Garten zur gelegentlichen Wiedergabe in der neuen Konzertzeitung zu überlassen und wird auch geratene Anzei namentlich über weit zurückliegende bemerkenswerte Vorgänge im Garten, zum Abdruck gelangen lassen. Daß die Direktion sich jetzt vollständig für Interessenten erwerten werden, da sich die meisten Käufer die selben antreiben dürften, soll nur nebenbei erwähnt werden. Die bisher im zoologischen Garten zur Ausgabe gelangte Breslauer Konzertzeitung wurde nach dem Gebrauch vielfach ad hoc aufgegeben und mehrere Männer aus dem Armenhaufe hatten an jedem Vormittag nach einem Konzert rechtlich zu tun, um die Besuche Material zu sammeln und zu verkaufen.

* **Eisenbahnunfall.** Am 12. d. M., Samstag, der Strecken-Breslau, von 4 Uhr 45 Min. nachmittags, an den nächsten Bahnhof einfallen wollte, entlief sie bei einer starken Kurve lang vor der Einbahn ein an die Waldbühne gekoppelter Reservezug. Die nachfolgenden Wagen schoben sich mit solcher Gewalt auf den einzigen Mann, daß er auch die Waldbühne aus dem Schienen drückte, sodas er über das Gleis, welches zur Zeit noch zu stehen kam, hinausfiel und Personenzug und nach den Gleisen. Der Zeiger und der Lokomotivführer haben das Unglück mit eigenen Augen; sonst sind Unfälle nicht vorgekommen.

* **Mitgliederfall.** Am 12. d. M., Samstag, fuhr ein Zimmerlehn auf einem Radweggenigen, den er an einem Lohnwagen angehängt hatte, die Klötze auf der Erde. Ein Bismarckwagen soll nun so häufig an den Radwegen angehängt sein, daß der Verkehr zwischen den beiden Bismarckwagen wurde und anschließend an den Bismarckwagen ein Bismarckwagen an den Radwegen angehängt unterbricht.

* **Gefährlich.** Einem Radfahrer auf der Dombaustraße auf der Höhe kommend, mittels Hindernisses zwei Radfahrer...

Dress- und Damengamachen, einem Handlungsgeschäften in einem Restaurant auf der Gartenstraße ein Portemonnaie mit 50 Mark, einem Ticketen auf dem Salvatorplatz eine silberne Uhr mit einer Kopfschraube und von einem Kellner in F. G. 2590 gezeichnetes Goldklein.

Geschossen wurden aus einer Kleinfingerring-Schlafkammer auf der Auguststraße ein maitziger Sommerüberzieher und ein schwarzes Jackett, eine Silberuhr auf dem Kammhain bei einmündigen mit 13 Mk., einem Mechaniker aus seiner Wohnung auf der Kriegerstraße eine silberne Remontuhr mit Kette, aus einem Kaufe auf der Darsstraße ein Fahrrad „Mark“, Stobers Graf Nr. 141027 für Beschaffung des Markes und 10 Mk. Vorkaufung angesetzt. Beschlagnahme gegeben und im Zimmer 55 des Polizeiarrestans zu machen.

Reizmittel angeordnet wurde am 12. d. M. Nachmittags auf der Kronenmühlstraße ein 4 Jahre altes Mädchen, welches von dem Polizeiarrestanten durch den Bismarckplatz auf der Kronenmühlstraße gegen manchen manchen, die die Straße um die Kronenmühlstraße, Kronenmühlstraße und Kronenmühlstraße zu machen.

Die Verhaftung eines in der Kronenmühlstraße wohnenden Mannes, welcher in der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt.

Die Verhaftung eines in der Kronenmühlstraße wohnenden Mannes, welcher in der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt.

Die Verhaftung eines in der Kronenmühlstraße wohnenden Mannes, welcher in der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt.

Die Verhaftung eines in der Kronenmühlstraße wohnenden Mannes, welcher in der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt.

Die Verhaftung eines in der Kronenmühlstraße wohnenden Mannes, welcher in der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt.

Die Verhaftung eines in der Kronenmühlstraße wohnenden Mannes, welcher in der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt.

Die Verhaftung eines in der Kronenmühlstraße wohnenden Mannes, welcher in der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt.

Die Verhaftung eines in der Kronenmühlstraße wohnenden Mannes, welcher in der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt.

Die Verhaftung eines in der Kronenmühlstraße wohnenden Mannes, welcher in der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt.

Die Verhaftung eines in der Kronenmühlstraße wohnenden Mannes, welcher in der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt.

Die Wahlbewegung Bolognas hat recht gut eingelegt. Nun, Arbeiter Bolognas, zeigt, daß der 16. Juni ein Ehrenfest für die Sozialdemokratie wird.

Vermischtes.

Polizei und Löwenjäger. Der Löwenjäger Julius Seeth beabsichtigte in der Manege des Zirkus Schaumann, die von einem vier Meter hohen Gitter umfäumt werden sollte, Löwen vorzuführen. Der Berliner Polizeipräsident hatte dies untersagt, weil er befürchtete, es könnte unter den Zirkusbesuchern eine Panik entstehen, wenn die Löwen etwa den Löwenjäger angriffen sollten. Der Bezirksschlichter hob die polizeiliche Verfügung auf, weil hier nicht eine unmittelbar drohende Gefahr im Sinne des § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts vorliege. Dieser Ansicht trat das Ober-Polizeiamt entgegen, wie der „Volksz.“ mitteilt, und, bei Es nicht die Meinung des Polizeipräsidenten als maßgebend an.

In einer Kluschi nach Anstraten. Aus London wird berichtet: Mr. G. Baron, der aus Sydney abkunft ist, beabsichtigt, am nächsten Juni von London in dem kleinen Boot, das jemals die Hebriden über den Ocean verlor, zu reisen, was für Helmut Landström, von dem Boot, das nur 350 Meiler lang ist, ist beabsichtigt für sich selbst, es für sich selbst zu reisen. Baron hat sich für eine 14 Meiler lange Fahrt anmacht. Als Zwanzigjährig hat er den Atlantischen Ocean von Rufaland nach Cornwalis zu reisen beabsichtigt.

Ein russisches Szenenbild. Vor einigen Tagen — so lesen wir in der „Volksz.“ — bestand im Reichs-Rath in Warschau ein Szenenbild, das die Schrecken der russischen Invasion in Polen darstellte. Das Bild war ein halbes Dorf dargestellt. Das Dorf war von Russen umgeben, die alles zerstörten und alle Menschen töteten. Die Russen waren mit Kanonen und Geschützen besetzt. Die Polen waren in großer Not. Die Russen wollten das Dorf in Brand stecken. Die Polen wollten fliehen, aber die Russen ließen sie nicht. Die Russen wollten das Dorf in Brand stecken. Die Polen wollten fliehen, aber die Russen ließen sie nicht. Die Russen wollten das Dorf in Brand stecken. Die Polen wollten fliehen, aber die Russen ließen sie nicht.

Tafelgesellschaften. Die Tafelgesellschaften sind in den letzten Jahren sehr beliebt. Sie sind eine gute Gelegenheit, sich zu treffen und zu essen. Die Tafelgesellschaften sind in den letzten Jahren sehr beliebt. Sie sind eine gute Gelegenheit, sich zu treffen und zu essen. Die Tafelgesellschaften sind in den letzten Jahren sehr beliebt. Sie sind eine gute Gelegenheit, sich zu treffen und zu essen.

Die Verhaftung eines in der Kronenmühlstraße wohnenden Mannes, welcher in der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt, der Kronenmühlstraße wohnt.

Doch hebe, der Schymann, er ruft voll Lust: Der Schorchel und packt ihn auch gleich bei der Brust Vom Schymann da wurd' er gleich wieder erkannt... Er hat ihn ja einst mit dem Rad überannt.

Neueste Nachrichten.
Vom Wahlkampf.

Zu großen Kadauftagen kam es am Sonntag Abend in einer in Guben abgehaltenen konservativen Versammlung. Der Reichstagskandidat Graf Cammer führte selbst den Vorsitz und erteilte zunächst dem Pastor Greiner, dem Vorsitzenden der Versammlung, das Zentrum in so maßloser und ungeschickter Weise an, daß sich ein allgemeiner Entrüstungssturm erob. Eine große Anzahl Zentrumsmitglieder wählte der Versammlung bei. Da der Kaiser sein Ende nahm sah sich der Vorsitzende gezwungen, dem eigenen Redner das Wort zu entziehen. Als nun von einer Seite gar die Judenfrage aufgeworfen wurde, erhob sich ein Pöhlchen. Man schrie, man jochte, Schimpfparole in gar nicht wiederzuerinnernder Art und Weise wurden ausgeprochen, die Klingel des Vorsitzenden war gar nicht mehr zu hören, die gesamte Polizei im Kreis und Stadt, zwei Gendarmen, drei Polizeidiener, künftigen sich, die Halle wieder herzustellen, selbst der Anwalt, die gewählten Mitglieder, und mit ein, aber alles, alles war vergeblich, die Versammlung wurde gelöst. Die Versammlung wird nicht mehr im Jahre 1898 zu tagen.

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. I. Maurer Johann Kendra, v. Große Dreihe 21 und Maria Süssenbach, ev. Kirchengasse 29 — Vater Johann Süssenbach, kath., Leuchtenstraße 72, und Maria Mohr, kath., Grotzstraße 48.
Cheilichungen. I. Gendelreiter Heinrich Gendter, ev. Samon mit Anna Sause, kath., W. Kriegerstraße 58. — Edmard Kraus, ev. Markt 17, Friedr. Wilhelmstraße 55, mit Ida Wollast, ev. Markt 17, ev. — Edmard Johann's Papeter, ev. Leuchtenstraße 17, mit Martha Bucher, ev., Mariannenstraße 18.

Heirats-Ankündigungen. IV. Schloffer Waldemar Heide, ev. Markt 17, v. d. Linden 21 und Anna Süssenbach, ev. Kirchengasse 29 — Vater Johann Süssenbach, kath., Leuchtenstraße 72, und Maria Mohr, kath., Grotzstraße 48.
Cheilichungen. II. Tischlerei Johann Koblert, kath., Grotzstraße 6 mit Helene Schneider, ev., Kriegerstraße 56 — Tischlerei Johann Koblert, kath., Kriegerstraße 56, mit Bertha Amende, kath., Neue Jungferstraße 13. — Arbeiter Johann Constable, kath., Kriegerstraße 56, mit Martha Focke, kath., hier — Hauswirtin Marie Sause, ev., Kriegerstraße 58, mit Bertha Ulrich, ev. v. Kriegerstraße 17. — IV. Eisenarbeiter Friedrich Schwan, ev., Kriegerstraße 21, mit Anna Kobl, ev., Kriegerstraße 86. — Arbeiter Johann Focke, ev., mit Gertrude Focke, kath., Kriegerstraße 86. — Arbeiter Johann Focke, ev., mit Gertrude Focke, kath., Kriegerstraße 86. — Arbeiter Johann Focke, ev., mit Gertrude Focke, kath., Kriegerstraße 86.

Briefkasten.
H. Schriftleiter. Schreiben Sie sich an den Zentral-Verband der Sozialisten. Adresse: C. Hübsch, Berlin, Wilmersdorf 11, 1. Hofstr.

Obmann der Dreifachkommission:
Hermann Zimmer, Waldenstraße Nr. 17, II.

Donnerstag, den 17. Mai 1903:
Maiflänzchen.
Mit freier Auswahl 4 Uhr. Tanzschleife 30 Pf. Expeditor und Kolporteur.

Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche.
Christliche Antikorporation!

Der Achtstunden-Tag.
Preis 20 Pf. Expeditor und Kolporteur.

Kaiser-Adressen!
Preis 20 Pf. Expeditor und Kolporteur.

Ein Beitrag zum Fall Krupp.
Preis 20 Pf. Expeditor und Kolporteur.

Strohhälter!
Preis 20 Pf. Expeditor und Kolporteur.